

DIE ATOMENERGIE UND (NIEDER)ÖSTERREICH

Peter Weish¹

Vorgeschichte

Die Entdeckung der Kernspaltung hat die Welt dramatisch verändert. Bei der Spaltung eines Gramms Uran oder Plutonium wird soviel Energie frei, wie bei der Verbrennung von rund 3 Tonnen Kohle. Von Anfang an hat man die Bedeutung dieser Entdeckung für den Krieg klar erkannt. Um einer deutschen Atombombe zuvorzukommen, wurde ab 1942 in den USA unter straffer militärischer Leitung und beispiellosem Aufwand an der Herstellung von Atombomben gearbeitet. Beide erfolgversprechenden Wege zur Bombe wurden in neu errichteten und unter militärischer Geheimhaltung stehenden Forschungszentren gleichzeitig beschritten: In Oak Ridge, Tennessee hat man Uran hoch angereichert, In Hanford, im Nordwesten der USA in Reaktoren Plutonium erzeugt und abgetrennt.

Am 6. August 1945 wurde ohne militärische Notwendigkeit² über Hiroshima eine Uranbombe und am 9. August über Nagasaki eine Plutoniumbombe abgeworfen. Wie wir heute wissen, wollte man die Sowjetunion beeindrucken, denn der Kalte Krieg hatte schon begonnen. Bemerkenswert ist das Datum, an dem die Alliierten sich geeinigt haben, die Kriegsverbrechen in einem Gerichtsverfahren (Nürnberger Prozess) abzuurteilen. Es war der 8. August 1945, zwei Tage nach Hiroshima und einen Tag vor Nagasaki.

Nach dem Abwurf der Atombomben auf Japan waren viele Wissenschaftler, die an der Herstellung der Atombombe mitgewirkt hatten, tief erschüttert. Sie setzten sich in der Folge dafür ein, die Kernspaltung für „friedliche“ Zwecke, zum „Segen der Menschheit“ anwendbar zu machen.³

Die untrennbare Beziehung zwischen ziviler und militärischer Kerntechnik stand aber von Anfang an außer Zweifel. Am „Symposium on Atomic Energy“ vom November 1945 dämpfte Oppenheimer, der damals prominenteste Experte auf dem Gebiet der Atomenergie die Begeisterung für eine unendliche Fülle an Kernenergie, die technisch in Reichweite schien, durch den Hinweis, dass der Reaktorbetrieb der Herstellung von Bomben benachbart und dass jeder Reaktor zugleich eine Quelle von Kernbrennstoff sei. Auch bei späteren Gelegenheiten stellte Oppenheimer wiederholt fest, dass die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Verfahren, die den sogenannten friedlichen Gebrauch der Kernenergie ermöglichen, offenbar nicht von denen zu trennen sind, die der Herstellung von Atomwaffen dienen. Diese Einsicht wurde allerdings mit enormem Propagandaaufwand unter dem Motto: „Atoms for Peace“ in den Hintergrund gedrängt. 1955 wurde die vom damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Eisenhower angeregte internationale Atomkonferenz abgehalten. Durch die programmatische

¹ P. Weish ist in verschiedenen Umweltorganisationen tätig und lehrt Humanökologie und Umweltethik an der Universität für Bodenkultur und der Universität Wien.

² Japan war zu dieser Zeit zu Friedensverhandlungen bereit.

³ „Wenn dennoch Forscher, die jede Atomrüstung ablehnen, einen Auf- und Ausbau der friedlichen Kernenergieverwertung begrüßen, dann treibt sie nicht nur die professionelle Sorge, durch einen Verzicht auf diese Entwicklung auch ihre Forschungen zu gefährden, sondern auch die Illusion, durch den „Segen“ der Kernindustrie den „Fluch“ der Kernwaffe bannen zu können. Forschungstrieb, Fortschrittsdenken und Selbstentlastungsbedürfnis vereinen sich hier in dem Drang, die Entfesselung der Atomenergie durch deren zivile Nutzung zu legitimieren, nachdem ihre militärische Nutzung - die Kernrüstung - sich immer sichtbarer der Kontrolle entzieht“ (Friedrich Wagner „Die Wissenschaft und die gefährdete Welt - Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik“ Beck, München 1964, S.283)

Zielsetzung „atoms for peace“ versuchte man, diese Genfer Atomkonferenz zu einer vordergründigen Friedenskundgebung zu machen – ausgerichtet auf die breite Anwendung der Kerntechnik in Industrie, Forschung und anderen Bereichen – ohne jedoch die nukleare Konfrontation zu entschärfen. Die Interessenten an dieser Entwicklung waren von Anfang an bestrebt, jede kritische Auseinandersetzung zu verhindern, die die Ausweitung der Kerntechnik in Frage stellen konnte. So hat man zum Beispiel den Nobelpreisträger H. J. Muller, Wegbereiter der Strahlengenetik und prominentesten Vertreter der amerikanischen Abordnung in Genf, daran gehindert, sein Referat über die genschädigende Wirkung ionisierender Strahlung vorzutragen. Die Beibehaltung dieser Grundeinstellung ermöglichte – zunächst reibungsfrei – Anwendung und Ausweitung der Kernindustrie.

Im Jahre 1957 erfolgte die Gründung der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO). Ihre Aufgabe besteht einerseits darin, die Anwendung der Atomenergie zu fördern, andererseits aber die Verbreitung spaltbaren Materials durch Kontrolle zu verhindern. Als in der ersten Generalversammlung der IAEO ein Redner verkündete, er sehe den Tag kommen, an dem die letzte Atombombe in einem „friedlichen“ Reaktor verbrannt würde, spendeten die Delegierten lebhaften Beifall. Es kam jedoch ganz anders und gar nicht überraschend: Die zivile Atomindustrie ist von der militärischen nicht zu trennen. Diese beiden Bereiche sind „Siamesische Zwillinge“. Die „friedliche Nutzung der Kernenergie“⁴ bildet in vielen Ländern den Vorwand zum Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur, die den Einstieg in die nukleare Aufrüstung wesentlich erleichtert und beschleunigt. Nahtstellen zwischen der militärischen und zivilen Atomindustrie sind insbesondere Anreicherung und Wiederaufarbeitung.

Österreichs Atomprogramm und die Anti-AKW Bewegung

Wie alle Industrieländer, die etwas auf sich hielten, begann auch Österreich sich damals in der Atomforschung zu engagieren. Der Bürgermeister von Seibersdorf offerierte der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie (ÖSGAE) ein großes Grundstück auf dem dann das Reaktorzentrum Seibersdorf errichtet wurde. Seine Hoffnung auf Steuereinnahmen hat sich nicht erfüllt, denn die SGAE siedelte ihre Zentrale in Wien an. Aus heutiger Sicht war die Wahl des Grundstücks auch aus Umweltschutzgründen nicht gerade glücklich, da es am Rande der Mitterndorfer Senke liegt und hoch anstehendes Grundwasser aufweist. Keine guten Voraussetzungen für die Lagerung radioaktiver Abfälle. Neben dem Reaktorzentrum befinden sich die Labors der IAEO.

Auch bei der Standortwahl des Atomkraftwerks war Niederösterreich „erfolgreich“. Ambitionierter Befürworter der Atomkraft war Niederösterreichs Landeshauptmann Andreas Maurer, der vehement die Interessen der NEWAG⁵ (heute EVN) durchsetzte. In einem frühen Gespräch mit Atomgegnern verglich er sie mit den Leuten, die seinerzeit gegen die Eisenbahn protestiert hatten. Die damalige Atomeuphorie ist heute nur mehr schwer nachvollziehbar. Das Genehmigungsverfahren für das AKW Zwentendorf, das im neu gegründeten Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz abgewickelt wurde, fand hinter verschlossenen Türen statt und bediente sich geheim gehaltener Gutachten. Die erste öffentlich beachtete Kritik an diesem Projekt ging von

⁴ Ein weit verbreiteter Euphemismus. Nutzen kann man erstens nur etwas Nützliches und zweitens ist die zivile Anwendung der Atomenergie alles andere als friedlich. Die Doppelrolle der IAEO ist ein Widerspruch in sich selbst, denn mit der Ausbreitung der zivilen Atomtechnik wird auch die Möglichkeit ihrer militärischen Anwendung erleichtert. Es ist an der Zeit, die Satzungen der IAEO zu ändern, die Förderung der Atomkraft zu beenden und andererseits die Kontrollfunktion auszubauen.

⁵ Im Gegensatz zur Verbundgesellschaft, die sich vorrangig dem Ausbau der Wasserkraft widmete, waren die Elektrizitäts-Landesgesellschaften wie etwa die NEWAG mit ihrem Generaldirektor Gruber aktiv am Zustandekommen des Österreichischen Atomprogramms beteiligt.

Medizinalrat DDr. Rudolf Drobil aus, der im Namen der Niederösterreichischen Ärztekammer ein Memorandum gegen das AKW Zwentendorf veröffentlichte.⁶ Bei der ersten Kundgebung am AKW-Standort, noch vor Baubeginn, war ich einer der jüngsten Teilnehmer des kleinen Grüppchens. In dieser Zeit war es wichtig, in öffentlichen Diskussionen den Glauben in die Verheißungen der Pro-Experten zu erschüttern.⁷ Lebhaft waren 1974 die Auseinandersetzungen um das zweite AKW, das ebenfalls in Niederösterreich, in Stein/St. Pantaleon nahe der Ennsmündung, an der Donau im Frühjahr 1975 hätte in Bau gehen sollen. Der Baubeginn wurde aber verschoben, weil der Elektrizitätsverbrauch langsamer zunahm, als prognostiziert und zweitens wohl auch wegen der heftigen lokalen Protestbewegung. Jetzt konzentrierte sich die immer selbstbewusster werdende Bewegung ganz auf das AKW Zwentendorf.

Erwähnenswert ist, dass die Bewegung zu jener Zeit vorwiegend aus Menschen bestand, die man eher dem konservativen Lager zuzählen konnte. Tonangebend waren Vereine wie der Österreichische Naturschutzbund (ÖNB) und der vom Salzburger Schriftsteller Günter Schwab gegründete Weltbund zum Schutze des Lebens. Noch wenige Jahre zuvor hatten prominente Naturschützer in der Atomkraft eine akzeptable Alternative zu den landschaftszerstörenden Wasserkraftwerken gesehen. 1974 war der Naturschutztag dem Thema Energie und Ökologie gewidmet und der Atomkraft wurde eine klare Absage erteilt. Schon damals legte der ÖNB mit seinem Manifest die Konzeption einer zukunftsverträglichen Energiepolitik modernen Zuschnitts vor.

Die Auseinandersetzung wurde intensiver, die Anti-AKW-Bewegung wurde immer bunter, was sich insbesondere bei den Kundgebungen und Demos zeigte, die auch von Liedermachern belebt wurden. Es entstanden ständig neue Initiativen: Ärzte-, Krankenschwestern-, Physiker-, Gewerkschafter-, Sozialisten-gegen-AKW und viele andere. Vor allem die Jugend begann sich für das Thema einzusetzen. Aus einem Arbeitskreis von Biologiestudenten entstand die basisdemokratisch organisierte Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG), die wesentliche Arbeit leistete. Wichtig waren auch die Jugendorganisationen der SPÖ und der ÖVP, die sich gegen die massive Pro-Position ihrer Parteien deklarierten und kleine Gewerkschaftsfraktionen im Widerspruch zum ÖGB, der machtvoll für die Atomkraft eintrat. Der Niederösterreichische Landeshauptmann Andreas Maurer, ein glühender Befürworter des AKW Zwentendorf geriet zunehmend in Schwierigkeiten, denn im Waldviertel entstand eine vehemente Gegnerschaft, als die Gegend um Göpfritz bzw. Allentsteig als Standort der Anlage zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle auserkoren wurde. So trat er für einen Export der Abfälle ein: „... möglichst weit weg ... in den Iran ... oder die Antarktis ...“ In Vorarlberg formierte sich eine starke Bewegung gegen das AKW Rütli, das in der Schweiz, hart an der Grenze zum „Ländle“ geplant war. Die Vorarlberger, nicht zuletzt mit ihrer Tageszeitung, den Vorarlberger Nachrichten, spielten eine wichtige Rolle in der Arbeit gegen das österreichische Atomprogramm.

Die Alleinregierung der SPÖ unter Kreisky geriet zunehmend in Schwierigkeiten. Das war der Grund, eine „Regierungskampagne Kernenergie“ zu starten, rückblickend eine vorbildliche Aktion. Man ersuchte das Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz (Lötsch, Weish, Gruber) um eine Liste von Fragen, die vor der Inbetriebnahme des AKW zu klären seien. Diese (über 100) z.T. höchst kniffligen Fragen wurden in 10 Themenbereiche aufgeteilt und jeweils

⁶ Auf Intervention einiger einflussreicher Persönlichkeiten zog die Ärztekammer das Memorandum wieder zurück. An dieser Stelle möchte ich einige Pioniere der „embryonalen“ Anti AKW-Bewegung in Erinnerung rufen: Die Zoologin Gertrude Pleskot, den pensionierten Bundeslastverteiler Ing. Stephenson, Walther Soyka und Karl Nowak.

⁷ Da ich damals einige Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Strahlenschutzinstitut des Reaktorzentrums Seibersdorf tätig war, hatte ich ausreichend einschlägiges Wissen und andererseits Problembewußtsein aus den Erfahrungen des praktischen beruflichen Alltags. Eine Aussage des damaligen technisch-wissenschaftlichen Leiters des Reaktorzentrums in einem Rundfunkinterview war ein Auslöser für meine Aktivität gegen die Atomkraft. Er sagte: „Es wird immer wieder behauptet, Strahlung erzeugt Krebs. Das Gegenteil ist richtig: Mit Strahlung heilt man Krebs.“

Arbeitsgruppen zugeteilt, die paritätisch mit befürwortenden und kritischen Fachleuten besetzt waren. Nach einigen internen Arbeitssitzungen fanden dann große öffentliche Podiumsdiskussionen in den Landeshauptstädten statt. Die Kampagne hatte vorwiegend der Zweck, aufzuzeigen, dass die Materie nur auf fachlicher Ebene sinnvoll zu behandeln sei und man Entscheidungen daher den Experten überlassen solle. Es lief aber ganz anders. Bei der Eröffnungsveranstaltung an der TU Wien trat zum ersten mal die „linke“ Szene massiv in Erscheinung und manche Aussagen von Pro-AKW-Experten gingen in Buh-Rufen unter. Für die großen Tageszeitungen, die bis dahin das Thema Atomkraft als ein zu „heißes Eisen“ gemieden hatten, war die kontroverse Diskussion unter Experten ein Startsignal, sich in das Thema einzuschalten. Es entstand damit eine ganz neue Qualität der Atomkontroverse und die vielen Probleme und Risiken wurden von da an in den Massenmedien thematisiert, wenn auch überwiegend pro Kernenergie. Im Kreise der Gegner wurde die Forderungen nach einer Volksabstimmung diskutiert. Skeptiker meinten, eine Abstimmung würde eine klare Niederlage bringen. Ich selbst trat damals entschieden dafür ein, denn erstens gäbe es keine Alternative zu einem Volksentscheid, wenn man die Kompetenz der Regierung zu einer so folgenschweren Entscheidung in Frage stellt, und zweitens wäre das Eingehen auf die Forderung nach einer Volksabstimmung schon ein großartiger Teilerfolg, der die Bewegung zu höchstem Einsatz verpflichten würde.

Im Frühjahr 1978 fand ein Parlamentshearing statt, in dem auch kritische Fachleute zu Wort kamen und wo es gelegentlich turbulent zuging. Man gewährte den kritischen Experten keinen Einblick in die Gutachten zum AKW und nach einem diesbezüglichen Vorwurf wies man einem davon (P.W.) die Tür. Erst nach diesem Eklat – es kam aber nicht zum Verlassen des Ausschusses – wurde eine Offenlegung der Gutachten zugestanden. Am nächsten Tag stellte sich dann heraus, dass ein radioökologisches Gutachten – wie es zur Ermittlung der Strahlenbelastung der Bevölkerung durch den Normalbetrieb unumgänglich ist – überhaupt fehlte.

Einzig politische Partei mit klar ablehnendem Votum zur Atomkraft war damals die FPÖ, die ein Energiekonzept ohne AKW ausgearbeitet hatte. Diese Haltung der FPÖ brachte die ÖVP arg in Verlegenheit. Von Anfang an entschieden pro Atomkraft, wollte sie aber die Lorbeeren der AKW-Kritik nicht der kleinen Oppositionspartei der Freiheitlichen zufallen lassen. Ihre Haltung: Ja zur Atomkraft, aber bei Zwentendorf müsse Sicherheit Vorrang haben, unterschied sich allerdings kaum von der Position der SPÖ. Mittlerweile waren die Berichte der 10 Arbeitsgruppen und ein Zusammenfassender Bericht der Informationskampagne Kernenergie gedruckt. Die Arbeitsgruppenberichte enthielten die kontroversielle Auseinandersetzung. Der „zusammenfassende“ Endbericht, den der Chefredakteur der Arbeiterzeitung (Katscher) verfaßte, war ein reines Propagendamachwerk. Gerade dieser Bericht war Grundlage der Parlamentsberatung. Er wurde – wen wundert es – von der SP-Regierung beschlossen. Was mich damals zu der Bemerkung veranlasste: „An der Regierung ist ihre eigene Informationskampagne Kernenergie spurlos vorübergegangen.“ Der für die Energiewirtschaft zuständige Minister Josef Staribacher (genannt Happy Pepi) hielt unbeirrbar an seinem technokratischen Optimismus fest indem er sagte: „Es gibt Experten, die mir sagen, daß die Kernenergie absolut sicher ist und denen vertraue ich hundertprozentig!“

Am 7. Juli 1978 beschloss der Nationalrat ein „Bundesgesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ (Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf) und bestimmte gleichzeitig, am 5. November des selben Jahres eine Volksabstimmung darüber abzuhalten. Die Regierung rechnete auf Grund von Umfragen fest mit einem Ja-Ergebnis und vertraute auf die Überlegenheit der Werbemaschinerie. Die E-Wirtschaft war in ihrer Kernenergiepropaganda nicht zimperlich. In einer ihrer Werbebroschüren mit dem Titel „Warum wir Zwentendorf brauchen“ hieß es einleitend: „Strom aus Kernkraftwerken ist vorderhand und auf längere Zeit die einzige Möglichkeit, um die Stromversorgung der Industriestaaten vor Engpässen zu schützen. Damit die Lichter in den Wohnungen und Büros nicht verlöschen. Damit Motoren und Fabriken, damit die Verkehrsmittel nicht

stehenbleiben. Damit die Arbeitsplätze und die Existenz für Millionen gesichert sind.“ Viele wurden von solchen Sprüchen eingeschüchtert. Besonders wirksam war die Instrumentalisierung der „normativen Macht des Faktischen“: „Wir können es uns nicht leisten, ein Werk, dessen Bau 8 Milliarden Schilling gekostet hat, nicht in Betrieb zu nehmen!“ Diesem Argument hielt ich meist entgegen, dass Präsident Truman auf die Frage, warum er den Befehl zum Einsatz der Atombomben auf Japan gegeben habe, geantwortet hat: „Wir konnten es uns nicht leisten, eine Waffe, deren Entwicklung 1 ½ Milliarden Dollar gekostet hat, nicht einzusetzen!“

Unter großem Zeitdruck wurde die ARGE „Nein zu Zwentendorf“ gegründet, als Dachorganisation der Gruppen, denen die IÖAG zu „links“ war. Die Arbeit der AKW-Gegner lief vorwiegend im Bereich kleiner Diskussionsveranstaltungen, nach denen rege Nachfrage bestand, so dass manche Aktivisten monatelang keinen freien Abend hatten. Viel Information wurde auf der Ebene persönlicher Kommunikation geleistet und so entstand ein gewisser „Schneeballeffekt.“

Die Aktivisten nahmen den Wettlauf mit der Zeit auf und schafften eine dünne Mehrheit von rund 50,5 % der abgegebenen Stimmen. Rund 20.000 Stimmen gaben den Ausschlag. Rekordergebnisse kamen aus Vorarlberg und aus dem Bezirk Zwettl, wo es 90 % Neinstimmen gab. Die Freude der Umweltschützer über den großartigen Erfolg war groß. Nach diesem knappen Ergebnis war es erfreulich zu erkennen, dass jeder einzelne Beitrag der Aktivisten für den Ausgang der Volksabstimmung notwendig gewesen war. Kein Flugblatt, keine Diskussion hätte unterlassen werden dürfen. Es war ein Sieg der geeinten Basis gegen die organisierte Macht der Großparteien, der E-Wirtschaft, Industrie und Gewerkschaft mit ihrem millionenschweren Propagandafeldzug.

Die Regierung war demokratisch genug, nach dem Volksentscheid, noch im Dezember 1978 das sogenannte Atomsperrgesetz zu beschließen. Damit wurden Österreich von einem der letzten Industrieländer ohne Atomkraft zum ersten Industrieland ohne Atomkraft.

Wenige Monate später, im Frühjahr 1979 ereignete sich der Unfall von Three Mile Island bei Harrisburg, der so manchen ehemaligen Befürworter davon überzeugte, dass der Volksentscheid richtig gewesen war. Trotzdem gab es noch jahrelange Versuche, das Atomsperrgesetz abzuschaffen und das AKW Zwentendorf „aufzusperren“. 1980 organisierten die unentwegten Atomfreunde aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik ein Volksbegehren für die Inbetriebnahme des AKW, das aber gemessen an dem großem Propagandaaufwand und sanftem Zwang in der verstaatlichten Industrie mit 481.000 Stimmen nicht erfolgreich war. Vermutlich war die Bevölkerung viel klüger, als die Atombefürworter meinten und die plumpen Propagandaparolen erwiesen sich als kontraproduktiv. So stand auf einem der Plakate zu lesen: Kein STROM. Keine Arbeit. Keine Arbeit. Kein Geld. Kein Geld. Keine Nahrung. Keine Nahrung. Kein LEBEN. Unterschreiben Sie „Pro Kernkraft“-Volksbegehren vom 3.-10. November 1980. Dieses Volksbegehren änderte nichts am Atomsperrgesetz, aber erst die Katastrophe von Tschernobyl brachte das endgültige „Aus“ für die Atomkraft in Österreich.

Tschernobyl – haben wir daraus gelernt?

Im April 1986 ereignete sich die Katastrophe von Tschernobyl, als schwerster Industrieunfall der Geschichte. Diese Katastrophe und ihre Opfer sollten nicht in Vergessenheit geraten und das reichlich vorhandene Tatsachenmaterial erlaubt uns, Folgerungen für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

Die Kraftwerksmannschaft in Tschernobyl stand nach dem Unfall dem explodierten Reaktor völlig hilflos gegenüber, denn sie war nie darauf vorbereitet worden, mit einem Unfall dieses Ausmaßes umzugehen. Alle weiteren Schritte wurden von Militäreinheiten gesetzt, vor dem

1. Juni 1986 allerdings nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum. Erst die späteren Aktionen waren besser durchdacht und organisiert.

Schlimm ist allerdings, dass heute, mehr als 16 Jahre nach der Katastrophe, Reaktoroperateure im Falle eines großen Unfalls genauso hilflos sind, denn Personal dieser Art wird in Hinblick auf genaue Befolgung komplizierter Anleitungen und Regeln rekrutiert und trainiert. Notfallmaßnahmen erfordern hingegen ganz andere Qualitäten, in erster Linie Kreativität, Entschlusskraft und Mut. Statt den Unfall in Tschernobyl als nicht relevant für die „westlichen“ Reaktoren abzutun, wäre es angebracht, aufbauend auf dort gemachten Erfahrungen möglichst auf internationaler Ebene spezielle personelle und apparative Strukturen für den nuklearen Katastropheneinsatz aufzubauen. Das würde allerdings Geld kosten und dem Nimbus der „sicheren“ und „sauberen“ Kernenergie abträglich sein. Sündenböcke sind zwar praktischer und billiger, doch zeigt sich in dieser Haltung einmal mehr die Verantwortungslosigkeit des industriell-bürokratischen Komplexes, bis hin zur Internationalen Atomenergie Organisation.

Es wurde und wird oft behauptet, die Katastrophe von Tschernobyl sei nicht relevant für westliche Reaktoren. Die „westlichen“ Reaktoren seien erstens anders gebaut – „viel sicherer“⁸ – und zweitens wäre die Katastrophe das Ergebnis schwerer Verstöße gegen die Betriebsvorschriften gewesen. Auch das damalige politische System wird gelegentlich für diesen schwersten Industrieunfall der Geschichte verantwortlich gemacht.

Doch diese Argumente sind nicht stichhaltig. Dass eine Reihe kleiner, einzeln betrachtet, harmloser Fehler in unglücklicher Verkettung zu schweren Unfällen führen kann, hat sich nicht nur bei der Beinahekatastrophe im amerikanischen Atomkraftwerk Three Mile Island gezeigt. Das Katastrophenpotential von Atomkraftwerken beruht auf der Konzentration tödlich gefährlicher Substanzen auf engem Raum, in Verbindung mit großen Energiedichten in einer hochkomplexen, nie völlig durchschaubaren Anlage. Schuldzuweisungen an die Betriebsmannschaft sind unangebracht und dienen nur der Verschleierung der Tatsache, dass Sicherheit bei derartigen Anlagen prinzipiell nicht erreichbar ist.⁹

Auf der Annahme, Westliche Reaktoren seien „sicherer“, beruht der Gedanke, dass mit westlicher Technik fertiggebaute russische Reaktorstrukturen gegenüber dem ursprünglichen Design verbessert werden könnten. So einfach liegen die Dinge allerdings nicht. Sowohl die „westliche“, als auch die „östliche“ Reaktortechnik weisen Stärken und Schwächen auf: Die Stärke der östlichen Technik liegt darin, dass materialaufwendige Konstruktionen aber auch hochqualifiziertes Personal billig waren. Das Ergebnis sind robuste technische Anlagen mit geringem Automatisationsgrad. Das ist positiv zu bewerten, denn hochqualifizierte Menschen sind immer noch Robotern vorzuziehen, wie das Beispiel Luftfahrt zeigt, wo Flugzeuge auch heute noch von Piloten geflogen werden. Als schwache Seite östlicher Technik ist mangelnde Qualitätskontrolle zu sehen. Im Vergleich dazu hat sich die westliche Reaktortechnik unter den Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Konkurrenz bei hohen Kosten sowohl von Personal als auch technischer Komponenten entwickelt. Das Ergebnis sind weniger robuste Anlagen mit höherem Automatisationsgrad und weniger qualifiziertem Personal. Eine Vermischung östlicher mit westlicher Reaktortechnik bringt ganz neue, unbekannte Systemeigenschaften und damit

⁸ Im normalen Sprachgebrauch kann das Wort „sicher“ durch „gefahrlos“ ersetzt werden. Daher ist es nicht angebracht, im Zusammenhang mit Risikotechnik das Wort Sicherheit zu gebrauchen. Es kann nur die Rede von mehr oder weniger gefährlich sein.

⁹ In seinem Buch: „Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik“ (Campus Verlag 1989) spricht Charles Perrow auch treffend von Systemunfällen. Mit deren Unvermeidbarkeit begründet er auch die Forderung, auf Risikotechnik dieser Art zu verzichten.

Gefahrenquellen, so dass man die These: „Russische Reaktoren werden mit westlicher Technik verbessert“ als gefährliche Illusion bezeichnen muss.¹⁰

Im Gegensatz zu manchen Europäischen Ländern mit Atomprogrammen und dementsprechend verharmlosender Berichterstattung wurden in Österreich die Probleme, die sich aus der radioaktiven Belastung mancher Gebiete nach der Reaktorkatastrophe ergaben, offen diskutiert. Für Viele ergab sich erstmals eine unmittelbare Betroffenheit von Atomfragen. Ein Dilemma zeigte sich in aller Deutlichkeit: Eine Information, die bezweckt, sorglose Personen problembewusst zu machen, kann bei Ängstlichen bereits Panik verursachen. Daher tendierte die Information der Öffentlichkeit seitens der Behörden auch in Österreich eher in Richtung Beruhigung. Dazu trug auch die Einsicht bei, dass sich bei kritischer Betrachtung die meisten behördlichen Maßnahmen als unzulänglich erweisen. In Ernährungsfragen kam es zu einer „Umwertung aller Werte“: Frischmilch war schlecht, alte Trockenmilch gut. Heimisches Freilandgemüse war schlecht, altes Tiefkühlgemüse, Konserven oder Produkte aus Südafrika waren gut. Freilandeier waren bedenklich, Eier aus Käfighaltung unbedenklich. Vollkornprodukte waren belastet, da die Außenfläche des Getreidekorns kontaminiert war, Auszugsmehl unbelastet. Dementsprechend hatten die Biobauern den größten Schaden, denn ihre Kunden hatten ja auch ein hochentwickeltes Problembewusstsein und versuchten möglichst konsequent „Millirem zu sparen“.¹¹

Die Katastrophe von Tschernobyl hat bewirkt, dass in vielen Ländern Mehrheiten der Bevölkerung einen Ausstieg aus der Atomkraft wünschten. Die Realität hat allerdings in aller Klarheit aufgezeigt, dass die technokratischen, bürokratischen und politischen Eliten in den Ländern mit starker Atomlobby nicht lernfähig sind. Anders gesagt: Die Eigendynamik und Machtposition des nuklearen Sektors ist nach wie vor existent. Die Atomindustrie kann nur überwunden werden, wenn auf vielen Ebenen Gegenstrategien entwickelt und in ausdauernder Arbeit verwirklicht werden.

Die nukleare Bedrohung (Nieder)Österreichs

Nahe an Österreichs Grenzen befinden sich einige Atomkraftwerke, die ein nicht zu vernachlässigendes Katastrophenpotential aufweisen und daher als besonders gefährlich gelten. Eine Studie der IIASA in Laxenburg gelangte (1996) zu dem Ergebnis, dass der Ballungsraum Wien im Vergleich mit anderen europäischen Ballungsräume das höchste Risiko durch Atomkraftwerke aufweist. Dazu kommt noch der qualitative Aspekt, dass ein kleines Land im Falle einer großräumigen radioaktiven Verseuchung seine Souveränität verlieren könnte. Es gäbe keine Möglichkeit der Evakuierung und für radioaktiv kontaminierte Flüchtlinge würden vermutlich die Grenzen dicht gemacht. Die Phantasie reicht nicht aus, sich die Folgen einer solchen Katastrophe auszumalen. Damit gewinnt die Atomkraft in einem kleinen Land neue Dimensionen der Gefahr, der Fortbestand einer ganzen Nation, bzw. Kultur steht auf dem Spiel.

Katastrophenvorsorge für den Fall einer nuklearen Katastrophe ist daher in Österreich notwendig, doch besteht ein Dilemma: Einrichtungen wie Schutzräume, speziell geschulte und ausgerüstete Einsatzgruppen für Hilfeleistung und medizinische Betreuung, Vorräte an Lebensmitteln und Medikamenten und die vielfältigen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen sind einerseits teuer und personalaufwendig, andererseits aber nur begrenzt wirksam. Katastrophenvorsorge ist zwar notwendig, bleibt aber stets unzulänglich. Das gilt besonders für die vorherrschenden

¹⁰ Im Falle Temelin kommt noch erschwerend dazu, daß der Umbau ohne ausreichende Beteiligung der sowjetischen Konstrukteure und deren detaillierten Erfahrungsschatz erfolgte.

¹¹ Millirem ist eine alte Einheit der Strahlendosis. Millirem sparen bedeutete, die Strahlenbelastung und damit das Risiko von Strahlenschäden zu reduzieren.

„passiven“ Maßnahmen. Darunter versteht man Einschränkungen und Verbote z.B. bei der Verwendung von Nahrungsmitteln. Für Österreich wären aber „aktive“ Maßnahmen entscheidend, Maßnahmen zur Beseitigung radioaktiver Verseuchung. In Tschernobyl wurden vielfältige Erfahrungen mit Dekontamination von Gebäuden, Gewässersedimenten, oder verschiedenen Waldflächen gemacht. Es käme darauf an, diese Erfahrungen zu verwerten und die technologische Entwicklung auf diesem Sektor weiterzuführen. Das Motto, das anfangs der Siebzigerjahre für den österreichische Einstieg in das Atomzeitalter galt: „Mir wern kan Geigazöla brauchn“ ist weniger denn je angebracht.

Konsequenterweise geht es vorrangig darum, das Gefährdungspotential abzubauen, d.h. auf zwischenstaatlicher und internationaler Ebene auf einen Ausstieg aus der Atomkraft hinzuarbeiten.

Österreich als Schrittmacher?

Der Druck der Bevölkerung auf die Politik hatte 1990 erste erkennbare Auswirkungen. Bundeskanzler Vranitzky installierte ein überwiegend kritisches Beratungsgremium (das Forum für Atomfragen) und die Umweltministerin Flemming begann die Anti-AKW-Bewegung finanziell in ihren Bemühungen zu fördern, Atomanlagen in den Nachbarländern zu verhindern. So begann eine grenzüberschreitende Kooperation österreichischer Aktivisten mit Bürgerinitiativen in den Nachbarländern.

In den Landtagen und im Parlament wurden immer wieder Atomfragen thematisiert. So entwickelte die Bundesregierung basierend auf einem Entschließungsantrag des Nationalrates vom 10. Juli 1997 in enger Kooperation mit den drei wichtigsten österreichischen Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Anti-Atompolitik (Greenpeace, Global 2000 und Anti Atom International) einen konkreten, neun Punkte umfassenden Leitfaden für die mittelfristige Atompolitik. Dieses Paket, das am 3. Dez. 97 im Ministerrat beschlossen wurde, umfasst unter anderem: Die Novellierung und Erhebung eines umfassenden Atomsperrgesetzes in den Verfassungsrang, das Verbot der Lagerung ausländischen Atommülls in Österreich, eine Novelle des Atomhaftungsgesetzes, die Neuregelung von Atomtransporten durch Österreich, die Erstellung von Atomausstiegskonzepten für die MOE Staaten, eine verstärkte Forschungsförderung für erneuerbare Energieträger und die Stärkung der IAEA als Kontrollbehörde.

Manches wurde erreicht, aber auch viel versäumt. Die Chancen, die sich nach dem Fall des Kommunismus in Osteuropa für zukunftsfähige Energiestrategien in Kooperation mit Österreich ergaben, wurden kaum genutzt. Die Österreichische Bundesregierung hat viel zu wenig deutlich gegen die nukleare Bedrohung seitens der Nachbarn agiert. Temelin war kein Schicksal.

Geht man der Frage nach, warum das offiziellen Österreich entgegen seinen Lippenbekenntnissen keine konsequente Anti Atom Politik betrieben hat, liegt die Vermutung nahe, dass einflussreiche Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik immer noch an die Atomkraft glauben.¹² Es scheint sich in dieser Entscheidungsfrage auch um ein Generationenproblem zu handeln, das sich im Laufe der Zeit von selbst löst.¹³

Um der Schrittmacherrolle gegen die nukleare Bedrohung, zu der sich Österreich bekennt, gerecht zu werden, ist eine konsequente Politik in vielen Bereichen erforderlich:

¹² Zahlreiche Bekenntnisse pro Atomkraft prominenter Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik finden sich in der Broschüre: Conturen. Umwelt – Technik – Freiheit. Teilaufgabe mit Vorrang: Kernenergie. vip Nr. 21.A/Okttober 1985. Persönliche Gespräche mit einigen dieser Personen haben ergeben, dass die Katastrophe von Tschernobyl als bedauerliches Ereignis gesehen wird, das aber mit der „westlichen“ Atomwirtschaft nichts zu tun hat.

¹³ Ähnliches gilt für Paradigmenwechsel in der Wissenschaft. Wie Max Planck treffend bemerkte, werden obsolete Theorien nicht dadurch überwunden, dass ihre Verfechter umdenken, sondern dass sie wegsterben.

Atomstromimporte sind vermeidbar und müssen vermieden werden. Dazu ist eine wahrheitsgetreue und bundeseinheitliche Stromkennzeichnung („Händlerlabel“) schon vor 2004 zu verwirklichen. Der § 13 des ElWOG (Verbot von Stromimporten) ist einzuhalten, statt wie derzeit seitens E-Control und BWA zu ignorieren. Die Republik Österreich als Mehrheitseigentümerin des Verbund-Konzerns hat dafür zu sorgen, dass sich dieser aus Atomstromgeschäften zurückzieht.

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Bereich Energieeffizienz und erneuerbarer Energie aber auch in Hinblick auf nukleare Katastrophenvorsorge ist zu verstärken und auszubauen.

Einspeisetarife sind mindestens auf deutschem Niveau festzusetzen und Obergrenzen für Ökostromausbau sind zu streichen.

Innerhalb der EU ist auf die Auflösung des EURATOM-Vertrags hinzuarbeiten und statt dessen die vorrangige Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbarer Energie zu verankern.

Die volle verschuldensunabhängige Haftung für AKW-Betreiber und –firmen ist durchzusetzen.

Das EU-Wettbewerbsrechts ist voll und ganz auf die Atomwirtschaft anzuwenden, um die wettbewerbsverzerrende gigantische staatliche Subventionierung der Atomindustrie (etwa in Frankreich und Großbritannien) zu beenden.

Für all diese Anliegen ist es längerfristig entscheidend, auf internationaler Ebene Verbündete zu finden. Deshalb ist der Aufbau einer Koalition von „atomfreien“ Staaten, die ihre Interessen zum Abbau nuklearer Katastrophenpotentiale auf internationaler Ebene wirksam zur Geltung bringen, ein besonderes Anliegen. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts ist notwendig, um wirksame Schritte gegen grenzüberschreitende nukleare Bedrohungen einleiten zu können. Von wesentlicher Bedeutung ist die fachübergreifende Reaktor-Risikoforschung, wie sie in Österreich seit Jahren erfolgreich betrieben wird. Sie ist auch auf internationaler Ebene weiter auszubauen.

Die Doppelrolle der IAEA (Förderung der Atomenergie und Kontrolle) ist nicht mehr zeitgemäß. Es ist auf eine Satzungsänderung hinzuarbeiten, um einerseits ihre Kontrollkompetenzen zu verstärken, andererseits ihre Aufgabe der Förderung der Atomenergie zu beenden, was konsequente, ausdauernde Arbeit auf internationaler Ebene erfordert. Die IAEA sollte in eine Organisation umgewandelt werden, die den internationalen Ausstieg aus der Atomkraft überwacht und sicherheitstechnisch begleitet. Österreich als Mitglied und Gastgeberland der IAEA müsste in dieser Richtung initiativ werden, auch wenn kurzfristige Erfolgchancen sehr klein sind. Parallel dazu sind Initiativen zur Gründung einer Internationalen Sonnenenergie Organisation auf UNO-Ebene sinnvoll, die als Schrittmacher-Organisation ins Solarzeitalter fungieren soll. Dem Standort Wien – Sitz der IAEA und anderer UNO Einrichtungen – kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu.

Wichtig in der österreichischen Politik zum Überwinden der nuklearen Bedrohung ist eine optimale Koordination aller einschlägig befassten Stellen und Organisationen.

Die Atomenergie ist nach wie vor eine Schlüsselfrage. Für eine zukunftsverträgliche Entwicklung ist der Ausstieg aus der Atomenergie eine notwendige Bedingung. Umweltschutz erfordert demnach eine Doppelstrategie: Verwirklichung zukunftsverträglicher Lebens- und Wirtschaftsformen, aber gleichzeitig das aktive Beenden gefährlicher Fehlentwicklungen.